

REICHSTAGSWAHLEN 1871

Die Sozialdemokraten kandidierten bei der Reichstagswahl 1871 mit einem umfassenden Wahlprogramm. Viele dieser Forderungen erscheinen uns heute selbstverständlich, mussten aber erst mühsam erkämpft werden.

1. Erteilung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahr an zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen, wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.
2. Einführung der direkten Gesetzgebung.
3. Aufhebung aller Vorrechte der Stände, des Besitzes, der Geburt und der Konfession.
4. Errichtung der Volkswehr anstelle der stehenden Heere.
5. Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.
6. Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
7. Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenen- und Fachgewerbegerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.
8. Abschaffung aller Preßvereins- [Zensur] und Koalitions-gesetze; Einführung des Normalarbeits-tages; Einschränkung der Frauennarbeit und Verbot der Kinderarbeit.
9. Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftsteuer.
10. Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens.



ERSTE ERFOLGE BEI WAHLEN

ERSTE ERFOLGE BEI WAHLEN

Zur Reichstagswahl von 1871 kandidierten Sozialdemokraten in vier bayerischen Wahlkreisen. Ihr Erfolg war jedoch bescheiden: Sie erhielten im Stimmkreis »München I« 812 Stimmen, in Augsburg 362, in Nürnberg 340 und in Hof 144 Stimmen. Bei den nächsten Wahlen stieg die Stimmenzahl in Nürnberg schon deutlich an: 1874 erzielte der Kandidat Karl Grillenberger bereits 5.400 Stimmen, vier Jahre später lag er mit dem Gegenkandidaten fast gleichauf, und 1881 gelang es ihm, das Mandat zu erobern. Grillenberger wurde damit der erste sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete aus Bayern. 1884 gewann Georg von Vollmar einen Stimmkreis in München.

WAHLRECHT IN BAYERN

Bayern hatte ein restriktiveres Wahlrecht als das Deutsche Reich von 1871. Das Bürgerrecht und damit auch das Wahlrecht erhielten nur Männer, die direkte Steuern zahlten. Für den Erwerb des Bürger- oder Heimatrechts einer Gemeinde waren hohe Gebühren zu bezahlen.

Wer diese nicht zahlen konnte, erhielt erst nach zehn Jahren Aufenthalt in einer Gemeinde das Bürgerrecht. Dienstboten und Arbeitergehilfen waren davon generell ausgeschlossen. Als Ergebnis waren bei den Landtagswahlen knapp 200.000 Männer weniger wahlberechtigt als bei den Reichstagswahlen.



Karl Grillenberger
1848–1897

Der in Zirndorf gebürtige Karl Grillenberger absolvierte eine Schlosserlehre und ging danach mehrere Jahre auf Wanderschaft. Nach seiner Rückkehr arbeitete er in der Forchheimer Gasfabrik. Grillenberger trat 1869 der SDAP bzw. der SPD bei und bewarb sich ab 1874 um ein Reichstagsmandat. 1881 zog er als erster bayerischer Sozialdemokrat in den Reichstag ein, dem er bis zu seinem Tod angehörte. Ab 1893 war er gleichzeitig auch Mitglied der bayerischen Abgeordnetenkammer. Ab 1872 arbeitete er redaktionell an verschiedenen sozial-

demokratischen Blättern in Nürnberg/Fürth mit und wurde 1874 Mitbegründer der Nürnberger Genossenschaftsdruckerei und Chefredakteur der »Fränkischen Tagespost« (früher »Nürnberg-Fürther Social-Demokrat«). Unter seiner Führung wurden die Sozialdemokraten Nürnbergs zur bestimmenden Kraft in der bayerischen SPD.

BEISPIEL TÖLZ

Auch im bayerischen Oberland nahm jetzt die Zahl der Ortsvereine zu. Bereits im Jahre 1893 hatte sich in Tölz ein Arbeiter-Verein gegründet, der als Zweck »die Vertretung aller Arbeiterinteressen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet sowie der Parteiinteressen der arbeitenden Klasse« benannt hatte. Im Jahre 1903 war in Tölz der Arbeiter-Radfahrer-Bund »Solidarität« ins Leben gerufen worden. Auch die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften hielten 1907 eine öffentliche Versammlung im Grünerbräu ab.

Am 14. Februar 1907 meldete ein neu gegründeter »Sozialdemokratischer Verein Tölz« dem Stadtmagistrat die Zusammensetzung seines fünfköpfigen Vereinsausschusses. An der Spitze standen als 1. Vorsitzender der Schlosser Joseph Wenninger und als 2. Vorsitzender der Bildhauer Max Baader. Wenige Tage später hielt der Verein eine Versammlung in der Gaststätte zum Neunerwirt ab.



SOZIALISTENGESETZ 1878–1890

Am 19. Oktober 1878 verabschiedete der Reichstag auf Initiative von Reichskanzler Otto von Bismarck das »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie«. Das sogenannte Sozialistengesetz blieb bis 1890 in Kraft. Politische und gewerkschaftliche Organisationen sowie sozialdemokratische Zeitungen wurden verboten, Versammlungen bespitzelt und aufgelöst, Funktionäre vor Gericht gestellt und verurteilt. Sozialdemokraten konnten sich allerdings weiter an den Wahlen beteiligen. Da die Verfolgung in Bayern weniger heftig war als in Preußen, ließen sich einige Sozialdemokraten wie Ignaz Auer oder Louis Viereck in München nieder. Die Stadt entwickelte sich dadurch in den 1880er Jahren zu einem Zentrum der deutschen Sozialdemokratie.



Die Gemeinde
Tölz um 1900